



Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten...

Der Kampf um das "Motopfer". Abwartetaktik der Reichsregierung. — Der preussische Vorschlag.

Das Reichskabinett hielt zwar gestern eine Sitzung ab, beschäftigte sich jedoch nur mit laufenden Angelegenheiten, unter anderem mit der Vorbereitung der Wehrinhaltsberichtsverfahren. Die Finanzfrage wurde nicht erörtert; auch hat die Regierung noch keinerlei offizielle Verhandlungen mit den Führern der Reichstagspartei über das in seinem nächsten Teil bereits von zwei Fraktionen einseitig abgeleitete Defizitprogramm anberaumt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist wieder Gezeiten aus dem Anknüpfen noch zu keiner abschließenden Stellungnahme zur vorläufigen Lage und insbesondere zur Frage des Defizitprogramms der Reichsregierung gekommen und hat ihre Sitzung am Mittwoch vormittag beendet. Am Mittwoch soll dann eine im einzelnen folgende Entschiedenheit zur Sprache des Motopfers formuliert werden.

Die preussische Staatsregierung beschloß, der Sondersteuer für Selbstbedienende nicht zuzustimmen, vielmehr bei den Beratungen im Reichstag vorzuschlagen, die Steuern und die anderen Abgaben, die ein bestimmtes Einkommen von nicht als 8000 Mk. bezogen, zu den Ausgaben der Reichsregierung für Erwerbslosenfürsorge heranzuziehen. Die neuen abgaben betragen, das sind 24 Prozent, zu zahlen haben, den nach der Verählung der Reichsregierung einen Anstieg des Verbrauchs vorzuschlagen, durch den eine Mehrerinnahme von 40 Millionen erzielt werden könnte.

Außenpolitische Uebersicht.

Der Umschwung in Rumänien. — Wiederherstellung der Doppelmonarchie an der Donau? — Unsere östlichen Nachbarn. — Die französisch-italienische Spannung.

Das am meisten in die Augen springende außenpolitische Ereignis der letzten Wochen ist die Thronbesteigung des Königs Carol II. von Rumänien. In der Größe und vorzüglichem Charakter, der die bisherigen Könige Rumäniens offenbar nicht unterstreichend, sondern nur unter der Bedingung gewachsen, daß sich Rumänien ohne die innere Geschlossenheit Rumäniens in nennenswerter Weise zu erfüllen. Die außenpolitische Bedeutung des Ereignisses darf selbstverständlich nicht unterschätzt werden.

Interventionen an der New Yorker Börse.

In Ausführung der letzten Kurstinne, die an der neugegründeten New Yorker Börse eingetreten waren, erlitten zu Beginn des gestrigen Börsenverkehrs erneut umfangreiche Positionskorrekturen, jedoch vermehrte Kursrückgänge ähnelten sich wie am Sonntag verhalten werden, da die Banken häufig intervenierten. Wenn auch instandsetzende Absicht die Werte gegenüber dem Tiefstande vom Montag erhob, trug die Börse zum Schluß doch einen unregelmäßigen Charakter.

Hoover unterzeichnet. Die amerikanischen Steuererhöhungen in Kraft gesetzt.

Washington, 17. Juni. Präsident Hoover hat die Zollnovelle unterzeichnet. Der neue Zolltarif tritt damit in Kraft.

Belgischer Schritt in Washington.

Brüssel, 17. Juni. Nachdem die amerikanische Zollnovelle nunmehr vom Bundeskongress einseitig angenommen worden ist, wurde der belgische Gesandte in Washington beauftragt, bei der amerikanischen Regierung einen letzten Schritt zu unternehmen, um die Verzögerung, die die neuen Zolltarife bereits positive belgische Handelsbeziehungen mit sich bringen könnten, zu beseitigen.

322 neue Bombenflugzeuge für Amerika.

„Zettler der Wehrmacht.“ Washington, 17. Juni. (Reuter). — Das Marineministerium hat Bestätigung über Lieferung von 322 Flugzeugen abgeschlossen, die mit Zertrüßer ausgerüstet werden sollen. Die Kosten betragen über 800 000 Dollar.

Stapelkauf eines japanischen Kreuzers.

TU Tokio, 17. Juni. — Wie aus Tokio gemeldet wird, ist in Yokohama ein neuer japanischer Kreuzer von 10 000 Tonnen vom Stapel gelassen.

Ueberlastung der Städte durch die Wohlfahrts-Erwerbslosen.

Eine Warnung des Reichsföderbundes. Pöhlitz, 17. Juni.

Im weiteren Verlaufe der Tagung des Reichsföderbundes ergoß sich im besonderen Auftrage des Reichsanwalts der Reichsföderbundesbürgermeister Dr. Otto Effenberger über den in der Reichsföderbundesbürgermeister Dr. von Soden in besonders eindringlicher Form an dem umfangreichen Zahlenmaterial noch einmal auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen, die in dem stetigen Anwachsen der Wohlfahrts-Erwerbslosen-Liefer liegen. Er nannte dieses Problem des Reiches und die Städte, wobei er sagte, daß auch wenn die Arbeitslosenfrage schon heute, die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen weiter anwachsen werde. Es liegt jetzt schon fast eine große Zahl Städte, die unter äußerster Anspannung der Steuern fluchtartig wandern, über den Rand des Ruins stehen, und daß in absehbarer Zeit die Städte nicht mehr in der Lage sein werden, die Kosten für die stets steigende Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen zu tragen.

Die Städteverwaltung müßte sich daher in besonderer Weise dieses Problems in allerhöchster Zeit annehmen. Die Dinge seien sich zu weit gelagert, daß es sich nicht mehr um ein finanzpolitisches, sondern um ein sozialpolitisches Problem handle. Die Städte müßten nicht länger und nicht fordern, die Städteverwaltung das Verantwortungsgewicht abzugeben lassen. Reichsregierung und Reichstag müßten das Jochen der Zeit erkennen, demnach Handeln und dafür sorgen, daß in der kommenden Sommerferien Zeit und Kraft keinen Schaden kosten. Die mit großem Ernst und aus bester Kenntnis der Verhältnisse heraus vorgetragenen Überlegungen machten auf die Veranlassung eines tiefen Eindruckes, dem durch langdauernden lebhaften Wechsel Ausdruck gegeben wurde. Nach längerer Aussprache wurde zur Reform über den Finanzausgleich folgende Entschiedenheit angenommen: Der Gesamtverband des Reichsföderbundes nimmt mit Genehmigung Kenntnis von dem Vorhaben, welche der jeweiligen Finanzlage ausgleichenden der Gemeinden insbesondere durch die einseitige Zuschüttung des Reichsföderbundesausgleichs vertritt. Denselben legitimiert die zur Verbesserung des Lebens der Gemeinden und der Bevölkerung im allgemeinen durch die einseitige Zuschüttung des Reichsföderbundesausgleichs vertritt. Denselben legitimiert die zur Verbesserung des Lebens der Gemeinden und der Bevölkerung im allgemeinen durch die einseitige Zuschüttung des Reichsföderbundesausgleichs vertritt.

— Wiederholungen über die französische Bundesbereidigung. Ministerpräsident Zardie hatte gestern mit Außenminister Briand, Staatsminister Maginot, Finanzminister Luchaire, Justizminister Saurat, Marine- und den beiden Ministern für Finanzen und Arbeit eine Beratung, die, wie die drei bereits vorangegangenen, dem Problem der nationalen Verteidigung galt.